

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig, 1924. Druck: Auer-Druckerei, Leipzig.

Postamt Leipzig Nr. 100. Postfach Leipzig Nr. 100.

Nr. 107

Donnerstag, den 8. Mai 1924

19. Jahrgang

Der Streik im Ruhrgebiet.

Ein Telegrammwechsel.

Die Reichsarbeitsminister und der Reichsverband hat über den Konflikt ein Telegrammwechsel festgestellt. Dr. Brauns drückte: „In Reichsverband. Habe Bergarbeiter-Verbande gebeten. Mitglieder möglichst schnell über die Verhandlungslage der Reichsarbeitsministerklärung des Arbeitszeit-Schiedsverfahrens zu unterrichten und bitte bringend darauf hinzuwirken, dass Streikmaßnahmen unterbleiben, falls einzelne Bergarbeiter aus falscher Beurteilung der Lage noch Widerstand gegen den Arbeitszeit-Schiedsverfahren leisten wollten. Bergarbeiterverbände legen Wert auf vertrauliche Verhandlung ihrer Zustimmung zum Verhandlungsergebnis vom 3. Mai vor Stellungnahme der Ministerkonferenz. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.“

Auf vorheriges Telegramm vom 5. Mai hat der Reichsverband am 6. Mai wie folgt geantwortet: „Alle Bergarbeiter sind nach eingehender Untersuchung über neue Verhandlungslage durch Reichsverband rechtzeitig unterrichtet und damit heute fruchtlos geblieben. Arbeitsverbände haben bezüglich Unterbrechung der Arbeit nicht nur Willigkeit, sondern nach unseren Feststellungen sogar Betriebsräte eingeladen, vorläufige Verbindlichkeitsklärung des Schiedsverfahrens nicht anzuerkennen und Durchführung des verhängten Schlicht einzuweisen durchzuführen. Verhandlung unserer Auffassung nach durch Verbindlichkeitsklärung nicht möglich. Unabhängig von einmaligen Bestimmungen der Parteien. Demnach Verbindlichkeitsklärung der Lage lediglich Schuld der bemühten Verschleppung durch Arbeitgeberverbände.“

Seine Gesamtansprache.

Die „A. B.“ zu Berlin, die in der Ruhrgebietsfrage die im Ruhrkohlenbergbau auszuübenden werden ist nicht etwa um eine Gesamtansprache; nur die Bergarbeiter sind einbezogen worden. Es ist mit überlebender Mehrheit entschieden, die Bergarbeiter zu befragen. Wo sich für die Bergarbeiter Arbeit ist, wird man sich bemühen, dass der Betrieb möglichst erhalten werden konnte, ist die Arbeit fortgesetzt worden.

Die Gewerkschaften in Konflikt zum Bergarbeiterstreik.

Am 8. Mai. Die Arbeitszeitbewegung des Reichs Bergarbeiter wird von internationalen Gewerkschaften mit großer Spannung verfolgt. Falls die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Arbeiter sich an einem allgemeinen Kampfe für den Kohlenbergbau beteiligen sollte, so müssten, wie von maßgebender Seite der internationalen Gewerkschaften berichtet wird, die deutschen Arbeiter auf die weitestmögliche Unterstützung der Gewerkschaften rechnen.

Bestillt an den Atlantik auf Erzberger, Rathenau, Scheidemann!

Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt: Der in München verhaftete Student Günther Brand wird jetzt in das Leipziger Untersuchungsgefängnis übergeführt und soll sich in Kürze vor dem zuständigen Richter, voraussichtlich vor dem Staatsgerichtshof, verantworten. Nach den angestellten Ermittlungen ist Brand, der jetzt 26 Jahre alt ist und aus Kiel kommt, offenbar nicht nur in die Harzische Rathenau verwickelt, sondern er dürfte auch, wie aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren hervorgeht, mit den Mitgliedern des Reichsministers Erzberger, Schulz und Kessen in näherer Verbindung gestanden haben. Brand der während des Krieges Marineoffizier war, wohnte, bis zur Ermordung Rathenaus, in Sena. Er war, ebenso wie die Rathenau-Mörder Fischer und Kern, Angehöriger der Sturmabteilung der Helge Ehrhardt und Führer des Deutschen Nationalen Jugendbundes, Landesverband Sachsen. Vor der Ermordung Rathenaus war ihm der Auftrag erteilt worden, ein kleines Personenauto zu beschaffen. Brand setzte sich mit dem inzwischen nach Deutschland geflüchten Hauptmann Rathenau in Verbindung, den er zur Besorgung seines Fahrzeuges veranlasste. Als der inzwischen zu langjähriger Haftstrafe verurteilte Student Ernst Werner Zehle dann aus Jockisch den Auftrag erhielt, traf er sich mit Brand in Dresden, und Brand fuhr mit Zehle zusammen nach Berlin. Ob der Verhaftete sich bei der Ausführung des Auftrags im Kraftwagen befinden hat, bedarf nach der bisherigen Ermittlung. In der Bremer Wohnung des Beschlagnahmten sind von der Polizei Papiere gefunden worden, unter denen sich auch die Mitgliedskarte des „Deutschen Nationalen Jugendbundes“, des „Reichsverbandes national-

gestimmter Soldaten“, des „Deutschen Ordens“ und der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ befinden.

Aus den Dokumenten geht ferner mit Sicherheit hervor, daß Brand auch über das gegen Oberbürgermeister Scheidemann (Kassel) vorbereitete Attentat informiert war. Ferner sind bei ihm Briefe gefunden worden, die darauf hinweisen, daß in rechtserheblichen Kreisen, anläßlich eines Besuches des Reichspräsidenten in München, offenbar ein Anschlag geplant war. Gegen Brand war fernerzeit die Bonneruntersuchung wegen Verhülfe zur Ermordung des Ministers Rathenau eröffnet worden, doch hielt sich Brand längere Zeit mit falschen Papieren versehen, im Auslande auf, und ist dann später nach Bayern zurückgekehrt, wo er gleichfalls unter falschem Namen lebte. Auf eine Anzeige hin gelang es erst in den letzten Tagen, festzustellen, daß der Verdächtige, der inzwischen in München studiert hatte, mit dem gesuchten Brand identisch ist. Es ist nicht unmöglich, daß Brand, der in der Organisation E. eine führende Rolle gespielt hat, sich auch wegen der Ermordung Erzbergers, und zwar ebenfalls wegen Verhülfe, zu verantworten haben wird.

Wann tritt der neue Reichstag zusammen?

In der Zeit vom 20. bis 22. Mai. Der 17. die Einberufung des Reichstages bereits genannte Termin des 20. oder 22. Mai scheint noch nicht endgültig festzustellen. Der nach amtierende Reichspräsident Brüning, der erst von dem zusammengetretenen neuen Reichstag abgelöst wird, befragt mit dem Reichskanzler die Frage der Einberufung. Der Termin hängt noch von den technischen Möglichkeiten ab, d. h., wenn der Reichspräsident die amtliche Liste der gewählten Abgeordneten endgültig abschließen kann. Erschwerend hinzu kommen die von dem Reichspräsidenten noch mancher, ja daß andere Kandidaten nachrücken und diese sich erst über die Annahme des Mandats entscheiden müssen. Präsident Brüning nimmt an, daß die Einberufung des neuen Reichstages etwa zwischen dem 20. und dem 22. Mai erfolgen könne.

Was ist eine russische Handelsvertretung?

Kurzweil: Eine Bolschewisten-Propagandazentrale.

In dem deutsch-russischen Zwischenfall werden jetzt noch Einzelheiten bekannt, die auf den Charakter der russischen „Handelsvertretung“ ein Licht werfen. So soll die heutige Reise des russischen Botschafters nach Moskau einen ganz anderen Zweck verfolgen, als ihn Kremlin in seiner Note an das Auswärtige Amt angab. Der Botschafter, so wird allgemein berichtet, begibt sich nach Moskau, um bei seiner Regierung energisch gegen das Verhalten der ihn nicht direkt unterstehenden Handelsvertretung zu protestieren, die tatsächlich nichts anderes als eine Filiale der Berliner kommunistischen Propaganda der Agitationsabteilung des Exekutivkomitees der dritten Internationalen sei. Kremlin, dem die Berliner Handelsdelegation als kommunistische Propagandazentrale Berlin schon wiederholt Schwierigkeiten bereitet habe, wolle nun auf Grund des Münchener Zwischenfalls Maßnahmen ergreifen.

Außer der überaus kennzeichnenden Tatsache, daß in dieser „Handelsvertretung“ Propagandamaterial gefunden wurde, in dem u. a. Schutzpolizei und Reichswehr zum Anschlag gegen die deutsche Regierung aufgerufen worden, hat sich vor einiger Zeit ein Zwischenfall in der Handelsdelegation abgespielt, der beweist, mit welchen Methoden die Angestellten der sowjetischen Handelsabteilung in Berlin arbeiteten. Ein Beamter der Handelsabteilung hatte den Auftrag, bei der russischen Handelsvertretung mehrere Wechsel einzuschaffen. Zunächst erklärten die Russen, daß Wechsel nur zu einer höheren Stelle bezogen würden und als dann der Beamte auf sowjetischer Forderung bestand, wurde er von Russen verprügelt und schließlich auf die Straße geworfen. Als Wechselbeamter teilte dem Beamten den Auswärtigen Amt mit und stellte gleichzeitig Strafantrag wegen schwerer Körperverletzung. In dem zwischen dem Auswärtigen Amt und der russischen Botschaft eingeleiteten Notenwechsel behaupteten dann die Russen, der Wechselbeamte habe sie mit einem Revolver bedroht. Sie müßten jedoch schließlich zugestehen, daß der Beamte nichts als einen Wechsel in der Hand hatte. Sonderbarerweise hat das Auswärtige Amt um Zurückziehung des Strafanktrages gebeten, da eine Bestrafung der Schuldigen von russischer Seite aus erfolgt sei.

Sehr beachtenswert ist, daß der deutsch-russische Zwischenfall von einem in Italien große Aufmerksamkeit erregt hat. Die Presse weist darauf hin, daß sich in letzter Zeit in Moskau eine Propagandazentrale gebildet

haben der kommunistischen Internationalen die Bolschewisten mehr und die kommunistische Botschaft mit finanzieller Unterstützung der Sowjetregierung betriebe werden.

Eine Landtagsanfrage der preussischen Kommunisten.

Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtages hat eine große Anfrage eingebracht, in der sie unter Hinweis auf die bolschewistische Durchdringung der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion das preussische Staatsministerium fragt, wer den Auftrag zu dieser Bolschewistenaktion erteilt habe und ob das Staatsministerium auf die Reichsregierung einwirken werde, damit durch Bestimmung vollständiger Genehmigung gegenüber der Union der SED die Fortdauer und Verschärfung der bereits eingetretenen schweren Schädigungen vermieden werden?

Die preussische Regierung an die Deutsch-Hannoveraner.

In einer Verlesung von Vertretern der Provinz Hannover, zu der Oberpräsident Kasse eingeladen hatte, verlas der preussische Ministerpräsident Brauns folgende Erklärung:

In die Bewohner der Provinz Hannover!

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Hannover mit dem preussischen Staat verbunden und hat in dieser Zeit die Errichtung des Deutschen Reiches und seinen Aufstieg zur republikanischen und politischen Höchstleistung miterlebt. Das Gebiet der Provinz Hannover hat den Eigenen dieses Reiches selbst in reichem Maße erfahren. Seine Wohlstand ist außerordentlich geblieben, neue Eisenbahnen und Kanäle erleichterten den Verkehr, der Ausbau der Häfen von Cuxhaven, Westmünde und Harburg ermöglichte eine gewaltige Steigerung der Einfuhr und Ausfuhr, der Vertrag der Handelsfreiheit hat sich und erstreckte zum großen Teil die aufstrebenden Arbeiter; es entwickelte sich eine Industrie, die zum Teil Material erlangte; Kunst, Wissenschaft und Volkbildung blühten und blühen dank Mächtigster Förderung hinter keinem anderen Teil Deutschlands und Deutschlands zurück; die Pflege heimischer Kunst und die Liebe zur Heimat sind niemals gekümmert, sondern stets gefördert worden.

Mit dem Sturz von Brauns hat Hannover den furchtbaren Krieg, seinen traurigen Ausgang und seine schrecklichen Folgen miterleben müssen. Härteres Geschick haben aber noch unsere Brüder in Ost- und Westpreußen in Schlesien und bis zu dieser Stunde auch im Rhein- und Ruhrgebiet zu erdulden. In Ost und West und Nord des preussischen Staates hat die gemeinsame Not das Gefühl der Zugehörigkeit nicht gelockert, sondern gestärkt. Kein ernsthaftes Verlangen nach Auflösung von Preußen und staatlicher Selbständigkeit wird in Ostpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein laut. Die Weimarer Verträge haben immer wieder, daß selbst die Erweiterung der Frage, ob ein einheitliches Staatsgebilde für sie von Vorteil sei, zu unterbleiben habe, solange auch nur ein fremder Soldat deutschen Boden besetzt halte; sie fordern auch deshalb einen Verzicht auf staatliche Selbständigkeit im übrigen Deutschland.

Dieser Verzicht wird überall entgegen. Überall führt man die Notwendigkeit, den inneren staatlichen Frieden zu bewahren, um mit vereinten Kräften für die Wiederaufrichtung des Vaterlandes wirken zu können. Nur in Hannover fordert die Deutsch-Hannoversche Partei jetzt eine Abstimmung darüber, ob fünf Regierungsbezirke ein selbständiges Land bilden sollen; sie begründet diese Forderung mit harten Behauptungen gegen Preußen.

Die Staatsregierung kann solche Forderungen mit gutem Gewissen zurückweisen. Sie widerspricht dem Verlangen des großen Teiles der Provinz Hannover aus dem preussischen Staatsgebiete, weil der gesamte Staat und seine Bewohner davon Schaden haben würden, und weil die Gesamtinteressen der fünf Regierungsbezirke selbst in einem kleineren Staatsgebiete nicht so geschützt werden könnten wie in einem großen Staate Preußen.

Die Vertreter der Abstimmung erklären, Preußen verpreußen und das Reich stärken zu wollen. Immer wieder haben die französischen Bevollmächtigten erklärt, daß ihr Ziel die Vertilgung Preußens ist. Deutsche Uneinigkeit und Kleinmatur war durch Jahrhunderte der stärkste Hemmschuh für den bolschewischen und bolschewistischen Angriff des deutschen Volkes. Früheres Preußen dürfen jetzt weniger als jemals wiederholt werden. Die Not des Volkes und Vaterlandes zwingt uns dazu, die staatlichen Kräfte zusammenzufassen. Die die preussische Regierung Hannover die Voraussetzungen hat und sich bewahren wird, so sind wir verpflichtet.